

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 607. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe
Sonnabend, 28. Dezember 1912.

Deutschlands politisches Wiedererwachen?

Man sah vor nicht langer Zeit, ein Dutzend Herren, im Rauchzimmer eines Hauses am Berliner Tiergarten, in jener bescheidenen Stimmung, die ein gutes Diner herbeibringt und eine gute Zigarre steigert. Hörtlich kam die Unterhaltung auf einen politischen Gegenstand. Nach der Leiter einer großen Partei war aber; und der antwortete, als er um seine Meinung befragt wurde: „Ich interessiere mich nicht für Politik“. Das war nicht etwa Boie, sondern ernstliches Besonnenheit. Und der Finanzmann hatte nur ein Lächeln, als ihm erwidert wurde: „Niemand würde ein Engländer in ihrer Stellung und Würdigkeit derartiges aussprechen!“

Es ist leider bittere Wahrheit, daß bei uns gerade die Reifungsfähigkeit, Kaufleute und Industrielle, Gelehrte und Künstler, nichts von Politik wissen wollen und sich dessen gerne rühmen. Sie verstehen nämlich unter Politik nur die Verjagung der laufenden Staatsgeschäfte durch die hierfür angestellten und bezahlten Beamten, denen sie sich, als Männer freier Berufe, mit Recht oder Unrecht, überlegen dünken. Sie kennen außerdem vielleicht Bismarcks Wort, daß die Politik ein schmutziges Geschäft ist, und möchten reine Hände behalten. Daß die Politik alle Lebensfragen der gesamten Nation, also auch die Lebensfrage eines jeden Einzelnen, umfaßt, wissen sie nicht oder wollen es nicht wissen. Bei feinem Volke von gleicher Bedeutung, Machtgröße und Intelligenz ist das politische Verständnis so gering wie bei dem deutschen.

Als unser Reich auf den Schlachtfeldern von drei siegreichen Kriegen aufgerichtet wurde und nur dank in seiner strotzenden jungen Kraft, war jeder Deutsche ein Politiker. Denn jeder hatte zu dem großen Werke beigetragen und war zu seiner Erhaltung froh entschlossen. Jenes Volkstum reif wäre erfüllt worden, wer damals vorausgesehen hätte, weniger als ein Menschenalter würde genügen, um das Gerenghaus wieder auf Spiel zu setzen, Millionen von Deutschen zu Feinden der staatlichen und weltanschaulichen Ordnung zu machen und auch unter deren Anhängern und Befürwortern so tiefe Kernwunden herbeizurufen, wie sie jetzt unter öffentliches Leben verdrängen. Und die Leute, die „von Politik nichts wissen wollen“, sind gewiß sehr erstaunt, wenn man ihnen sagt, daß gerade ihre politische Gleichgültigkeit die Hauptursache daran trägt. Was geht dem sie, so meinen sie, die Politik an?

Das wirtschaftliche Aufblühen Deutschlands seit dem letzten großen Kriege hat alle Kräfte in Anspruch genommen, hat die politische Teilnahme, das politische Pflichtbewußtsein erschaffen und schließlich einschümmern lassen. Die Männer, die am Rhein und an der Weiser, an der Elbe und am Main Riesenbetriebe geleitet haben, Tausende von Arbeitern beschäftigt und Millionen von Werten verwaltet, haben keine Zeit für die Politik. Heute läßt sich kein Centrum-Halbener mehr in den Reichstag wählen. Und dem Beispiel der Großen folgen die Kleineren und die Kleinen.

Deutschland steht voran in der Welt auf allen Gebieten des Handels, der Industrie und der Technik. Aber in der deutschen Politik ist davon nichts zu hören. Niemand in unserem Vaterlande stellt mit wenigen Ausnahmen — die braven Leute, die da am Rheinplatz lagen und reden, als die wirklichen Vertreter der Kräfte an, die das Deutschland von heute ausmachen. Die Führer auf jenen Gebieten lassen sich höchstens ins Herrenhaus berufen, ins vielbesprochene preussische Herrenhaus, wo doch viel mehr staatsmännische Weisheit und praktische Erfahrung vereinigt ist als in den übrigen Parlamenten, die Berlin zum Sitz haben. Aber das Herrenhaus hat seinen weitreichenden Einfluß. Es gleicht allmählich dem russischen Reichsrat. Wer ins Herrenhaus berufen wird, ist dem politischen Tagesleber so gut wie entzogen.

Täglich bekommen wir es zu hören, die wirtschaftlichen Fragen seien in unserem Jahrhundert die wichtigsten, denen alle anderen untergeordnet werden müssen. Jetzt endlich scheint die Erkenntnis zu dämmern, daß noch immer die Ehre das höchste Gut einer Nation ist. Und daß die wirtschaftlichen Errungenschaften, so bedeutend sie sein mögen, doch höchstens an zweiter Stelle stehen können, da sie täglich gefährdet sind, wenn nicht eine starke, ehrliebende Politik sie schützt. Ganz langsam erst beginnt diese Erkenntnis zu dämmern. Wenn sie erwacht, wenn die Tätigsten sich nicht mehr nur dem eigenen Geschäft, dem Geschäftserwerb hingeben, wenn sie sich wieder in praktischer politischer Arbeit zusammenschließen mit allen, die noch Freude haben an Reichtum und sie sich nicht verflümmern lassen wollen, — wenn dies das Ergebnis der tiefen Entscheidungen der letzten drei Jahrzehnte wäre, so würden sie reich geteilt sein. Denn mehr als je zuvor heißt es heute für jeden Einzelnen von uns: tua res agitur! v. W.

Aus dem preussischen Staatshaushaltsetz für 1913.

- Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende wichtigere Etatsveränderungen:
1. Domänen-Extraordinarium, 6 986 000 M. Einnahmen aus dem Verkauf von Domänen und Domänengrundstücken (gegen 1912 381 000 M. mehr); 5 600 000 M. Ausgaben zur Verpflegung des Verlaufs der Domäne Döhlen, 400 000 M. Ausgaben zur Eingemeindung der Rangir-Kolonie in die Stadt Götting erste Rate (Gesamtbetrag etwa eine Million).
 2. Forsten-Ordinarium: Mehreinnahmen 9 Millionen für Holz, Mehrausgaben für Unterhaltung der öffentlichen Wege 1 300 000 M., Mehl- und Stommalieferungen 240 000 M., Extraordinarium, Ausgaben: 7 240 000 M. für Anlauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu den Forsten usw. (gegen 1912 mehr 1 083 000 M.), zur Beschaffung von Zinkstücken 300 000 M. (gegen 1912 mehr 120 000 M.). Als neuer Posten 100 000 M. zur Anlage und Beteiligung an Anlagen von Kleinbahnen sowie Weiskäsefabrik.
 3. Direkte Steuern Ordinarium Mehreinnahmen 26 500 000 M. Einnahmensteuer, Mindereinnahmen 600 000 M. Ertragssteuer.
 4. Bälle und indirekte Steuern Ordinarium: Mehreinnahmen 602 000 M. Anteil an der Meißner-Tabaksteuer, 2 Millionen preussische Stempelsteuer; Mindereinnahmen 143 000 M. Erbschaftsteuer nach den bisherigen preussischen Gesetzen.
 5. Lotterien Ordinarium: Mehreinnahmen 18 300 100 M. infolge Verneuerung der Lose aus Anlaß des Reichslotteriespiels Bayerns, Württembergs und Badens gegenüber 18 383 572 M. Mehrausgaben.
 6. Seehandlung: Keine.
 7. Münze: Keine.
 8. Bergbau-Ordinarium: Mehreinnahmen 43 986 050 M. Staatswerke; Mehrausgaben: 29 412 500 M. Betriebskosten der Staatswerke.
 9. Eisenbahnen-Ordinarium: Mehreinnahmen: 32 704 000 M. aus dem Personenverkehr und 139 042 000 M. aus dem Güterverkehr; Mehrausgaben: 62 988 600 M. persönliche Ausgaben, 20 311 000 M. Beschaffung der Betriebsmaterialien, 36 057 226 M. zur Verärgerung des Auslieferungsfonds. Es ist in Aussicht genommen, in dem nächsten Haushaltsjahr die Personenzüge für die bestehenden Bahnen einzuführen: a) 170 Millionen für die Beschaffung von Fahrzeugen, das sind gegen 1912 68 Millionen mehr; b) etwa 121 Millionen für die Verfertigung zweier und weiterer Gleise, die Verlegung von Verbindungsbahnen bei Ahliss und Kanau-Chi sowie von Vorwerk über Hinterpork nach Weitz, ferner für den Ausbau des Weiskäsefabrik-Eisenbahn-Nordost und Nommersdörfer-Waldschütz-Bahnen zu Staatsbahnen.
 10. Öffentliche Schuld: Ordinarium: Mehrausgaben 17 593 194 M. zur Verminderung, darunter 15 500 000 M. für neue Anleihen. 2 897 371 M. zur gezeichneten Tilgung von $\frac{1}{2}$ Proz. 11. Randtag: Keine.
 12. Allgemeine Finanzverwaltung: Ordinarium: Mehreinnahmen 12 781 771 M. Anteil an Erträge der Brunneneinnahme, 250 000 M. Anteil an Erträge der Zuchtsteuer, Mehrausgaben: 13 788 558 M. an Materialverträgen. Nach Abzug der oben erwähnten Mehreinnahme von 12 781 771 M. an Ueberweisung aus der Brunneneinnahme verbleibt eine Mehrausgabe an ungedeckten Materialverträgen von 987 087 M.
 13. Staatsministerium: Ordinarium: Mindereinnahmen 27 891 481 M. Anstellungsministerien gegenüber einer gleich hohen Mindereinnahme. Die auf den Anstellungsministerien beruhenden Einnahmen und Ausgaben sind nicht mehr im Staatshaushaltsetz aufgeführt, sondern erscheinen nur in dessen Anlage Nummer 22 betreffend den Etat der Anstellungsministerien.
 14. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten: Keine.
 15. Finanzministerium: Extraordinarium: Ausgabe 850 000 M. für Erwerb und Erhaltung des Umwallungsgebietes der Stadt Kosen, zweite Rate, einschließlich 500 000 M. Darlehen an die Kreditanstalt für sächsische Hausbesitzer, 1 Million M. Beteiligung des Staates bei der Deutschen Handelsbank in Kosen 1. Rate, 410 425 M. weitere Raten an Grundbesitzbesitzern aus Anlaß des geplanten Neubaus eines königlichen Oberpostamtes in Berlin.
 16. Wabverwaltung: Extraordinarium: Ausgaben 12 565 900 M. für Wabwasserleitungen (gegen 1912 mehr 2 371 500 M.), darunter neu: 300 000 M. für die Rate zum erweiterten Ausbau der Weiser und zu Wabwasserbauten auf der oberen Weiser und Wilsch. 6 015 250 M. für Gasleitungen (gegen 1912 mehr 1 615 250 M.), darunter 227 000 M. zur Erweiterung der Embser Gasanlagen. Neu unter anderem 400 000 M. für die Rate zu Strandwasserbauten auf der Insel Jützi. Unter den verbleibenden Ausgaben befinden sich 50 000 M. zur Förderung des Luftfahrwesens.
 17. Handel und Gewerbe: Ordinarium: Mehrausgaben 689 046 M. gegenüber den Unteranschlägen.
 18. Justiz: Ordinarium: Mehrausgaben Oberlandesgerichte 719 213 M. Land- und Amtsgerichte 3 759 529 M.
 19. Ministerium des Innern: Extraordinarium: Ausgaben Polizeiverwaltung 3 093 294 M. (gegen 1912 mehr 1 131 396 M.).
 20. Landwirtschaf: Ordinarium: Mehrausgaben 228 516 M. Landwirtschafliche Lehranstalt, 655 600 M. Förderung der Viehzucht, 261 406 M. Landbesenmeliorationen, davon 300 000 M. zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flurregulierungen. Extraordinarium: Ausgaben 2 695 560 M. Ausban der bodenverbesserungsfähigen Weiskäsefabrik (gegen 1912 mehr 510 120 M.). Ferner als neue Posten: 600 000 M. zur Förderung der Kultivierung von Oelbäumen und Nickerungsmaoren, 250 000 M. Verärgerung des Dispositionsfonds zur Förderung der Viehzucht und des Wolfereiwesens.
 21. Güter: Keine.
 22. Kultus: Ordinarium: Mehrausgaben 6 568 501 M. Elementarunterrichtsministerien, Ausgaben 5 142 000 M. (gegen 1912 mehr 407 580 M.).

5 718 875 M. Kunst und Wissenschaft (gegen 1912 mehr 2 240 975 M.), darunter 750 000 M. außerordentliche Verärgerung des Sammlungs-fonds für die Kunstmuseen als neuer Posten. 1 625 000 M. technisches Unterrichtsweesen (gegen 1912 mehr 787 087 M.).

Die Friedensverhandlungen.

Die Londoner Friedenskonferenz soll am heutigen Sonnabend ihre Sitzungen nach den Feiertagen wieder aufnehmen. Ueber Weihnachten ist das Friedensbarometer wieder um einige Grad hinaufgeklüftet, und wenn es auch noch eine Weile auf „Veränderlich“ stehen wird, so darf man doch wohl mit wachsender Hoffnung seine Erfolg verheißenden Bewegungen beobachten. In der türkischen Presse kommt eine optimistischere Auffassung der Lage zum Ausdruck. Die Mächte halten einen Abbruch der Verhandlungen für ausgeschlossen und ermahnen Bulgarien, in der Adrianopelfrage Zugeständnisse zu machen, denen gegenüber es von der Porte andere Konzeptionen erhalten würde. Der Friede sei alsdann gesichert. Nach einer Meldung der Wiener „Pol. Korr.“ aus Paris sind die Mächte sich darüber einig, es sei der Porte unbedingt der Rat zu erteilen, daß sie es wegen der Frage der Abtretung von Adrianopel nicht zum Abbruch der Friedensverhandlungen kommen lassen solle.

Keine Geheimverhandlungen zwischen der Porte und Bulgarien.

Eine hochsitzige Note bezieht die Konstantinopler Meldung nach der sich General Sazonow in Konstantinopel befindet und mit dem Großvezir Siamit Balka über Friedensfragen unterhandeln solle, als reine Erfindung. Die bulgarische Regierung denkt nicht daran, in besondere Geheimverhandlungen mit der Türkei einzutreten.

Keine Versprechungen an Rumänien.

Wie die Londoner Morning Post als diplomatischer Quelle erzählt, wird Bulgarien infolge der direkten Einwirkung der Mächte keine territorialen Kompensationen an Rumänien machen. Abends aus Bukarest in London einlaufende Telegramme bestätigen diese Nachricht.

Oesterreichische Wünsche für Albanien.

Wie verlautet, wünscht die österreichisch-ungarische Regierung, daß Futurini nicht Montenegro angezogen, sondern dem neuen autonomen Albanien einverleibt werde. Auf die Entscheidung der Frage, ob Saloniki griechisch oder bulgarisch werden solle, nimmt die österreichisch-ungarische Regierung keinen Einfluß.

Rußlands Wünsche für Albanien.

Die russische Diplomatie wird, wie man wissen will, auf der Konferenz vorzuschlagen, Albanien unter der Souveränität des Sultans zu belassen, doch müsse die Neutralität dieses Landes von einer europäischen Entente garantiert werden. Die Grenze soll so gezogen werden, daß die serbische Bevölkerung nicht dem autonomen Albanien unterfällt.

Kein Sandrich Prinz Ruads.

Eine Meldung des „Temps“, nach welcher Prinz Ruad einen Sandrich auf Albanien plane, ist vollständig unbegründet.

Ein Fürst der Aegeischen Inseln?

Zu der Frage, um welchen Kreis Montenegro seinen Anspruch auf Futurini zu machen Albanien aufgeben würde, wird gemeldet, daß für den Fall eines solchen Beschlusses ein jüngerer Sohn des Königs von Montenegro Aussicht hätte, Fürst der von der Türkei abzutretenden Aegeischen Inseln zu werden.

Deutsches Reich.

Der Kaiser beschließt nach einer Zeitungsmeldung, im April nach Kofru zu fahren. Die nötigen Vorbereitungen sind an die zuständigen Stellen bereits ergangen. Diese Absicht des Kaisers läßt darauf schließen, daß die zukünftigen Stellen in Berlin der Ansicht sind, daß der Frieden bis zum Frühjahr geschlossen sein wird.

Der sächsische König hat anlässlich des Weihnachtsfestes 31 Strafgefangenen die Freiheit gelehnt.

Der württembergische Landtag ist durch königliche Verordnung auf den 9. Januar einberufen worden.

Bei der Reichstagswahl im 1. Kösliner Wahlkreis Stolp-Lauenburg am 23. Dezember wurden nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis insgesamt 24 545 Stimmen abgegeben; davon erzielten von Wönn, Rittergutbesitzer, Deutsch-Budow (kon.) 15 341, Vereinsdirektor Erdmuthow-Steiglich (fortschritt. Wp.) 6477, Parteisekretär Schindl-Danzig (Soz.) 2397 und Budow-Industrie-Unternehmer Gagnowsky-Danzig (Wolke) 324, zerstreut waren 6 Stimmen.

Der russische Kriegsminister, Suchomlinow, der sich auf der Reise nach Kofru zur Zeit in Berlin befindet, wird dort von Kaiser Wilhelm empfangen werden.

